

Ressort: Lokales

Sachsen will ab 2023 kein Geld mehr aus Finanzausgleich

Dresden, 27.03.2013, 00:00 Uhr

GDN - Die schwarz-gelbe Koalition in Sachsen will mittelfristig kein Geld mehr aus dem Länderfinanzausgleich annehmen. Der "Bild-Zeitung" (Mittwochausgabe) sagte der Fraktionsvorsitzende der FDP im sächsischen Landtag und stellvertretende FDP-Chef, Holger Zastrow, Sachsen wolle seinen Nehmerlandstatus aufgeben.

"Wir haben den Ehrgeiz, in absehbarer Zeit zu den besten Ländern Deutschlands zu gehören. Das sollte in zehn bis 15 Jahren möglich sein", sagte Zastrow der Zeitung. Der FDP-Politiker äußerte Verständnis für die Verfassungsklage Bayerns und Hessens. Der Länderfinanzausgleich setze falsche Anreize. Sachsen wolle daher "nicht auf Dauer am Tropf des Westens hängen", erklärte Zastrow.

Bericht online:

<https://www.gemandailynews.com/bericht-10686/sachsen-will-ab-2023-kein-geld-mehr-aus-finanzausgleich.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619